



Kritik an der Kommunikation: Zwischen den Zweitheimischen von Bergün Filisur und den offiziellen Gremien hängt der Haussegen schief.

Bild Archiv

Zweitheimische fühlen sich vom Informationsfluss abgehängt

In Bergün Filisur soll die Tourismusstruktur vereinfacht, die Tourismusfinanzierung neu aufgegleist werden. Doch der Verein der auswärtigen Liegenschaftsbesitzenden ist unzufrieden mit dem Agieren der Gemeinde.

von Jano Felice Pajarola

Es tut sich was im Albulataler Tourismus. Wieder einmal sollen Strukturen verändert werden – aktuell in Bergün Filisur. Anpassungen sind gleich in zwei Bereichen vorgesehen: Einerseits soll aus dem Verein Bergün Filisur Tourismus (BFT) und der SBA Sportbahnen Bergün AG eine schlagkräftige neue Tourismus-AG entstehen, andererseits soll die Tourismusfinanzierung frisch aufgegleist werden und eine Beherbergungsabgabe die bisherigen Kurtaxen ersetzen.

Rücktritt per sofort

Die Ziele sind also gesetzt – der Weg dahin allerdings sorgt derzeit für Unmut. Denn die im Verein der auswärtigen Liegenschaftsbesitzenden ALB or-

ganisierten Zweitheimischen sind unzufrieden mit dem Agieren von Gemeinde, BFT und SBA.

Seinem Unmut Luft gemacht hat der Verein ALB in einem Leserbrief in der Lokalzeitung «Pöschli». Anlass dafür: der sofortige Rücktritt von ALB-Vertreter Dieter Imboden aus dem Vorstand von BFT, eine Konsequenz «aus dieser unbefriedigenden Situation», wie Vereinspräsident Gian-Fadri Gattiker schreibt. Imboden, erst 2018 in den Tourismusvorstand gewählt, bestätigt seinen Abgang gegenüber der Redaktion: Er habe den Eindruck gehabt, dass er in seinem Amt nicht mehr genügend Informationen bekomme und auch viel hinter seinem Rücken entschieden werde.

Laut Gattiker hat sich die Diskussion über die geplanten Änderungen aus den offiziellen Gremien in ad hoc

gebildete kleine Arbeitsgruppen verlagert. Der Informationsfluss zwischen den Involvierten sei mangelhaft. Und Imboden sekundiert: «Der offene Dialog spielt in Bergün nicht richtig, seit Jahren nicht. Das liegt am Geflecht der Beziehungen im Dorf.» Die Entscheidungsträger könnten aus ihrer Optik

«Der offene Dialog spielt in Bergün nicht richtig, seit Jahren nicht.»

Dieter Imboden
Ex-Vorstandsmitglied BFT

gar nicht mehr wahrnehmen, dass es eine geordnete Informationspolitik brauche.

Mehr Geld von Zweitheimischen

Was hinzukommt: Laut Imboden ist die Gemeinde – gestützt auf ein externes Gutachten – der Ansicht, die Zweitheimischen müssten im Vergleich zu bisher rund 100 000 Franken pro Jahr zusätzlich an die Tourismusfinanzierung beitragen. «Es heisst, wir würden mehr Kosten provozieren als Einnahmen generieren», so Imboden. Dem ALB-Verein gefällt das natürlich nicht. Und auch die derzeit im Vordergrund stehende Massnahme für einfachere Tourismusstrukturen stösst auf Kritik. «Es sollte nicht via eine Übernahme von BFT durch die Bergbahnen geschehen», konstatiert Imboden. «Besser wäre ein sauberer Neuanfang.»

Mit Erstaunen nimmt man die Äusserungen der ALB-Exponenten bei der Gemeinde zur Kenntnis. Sowohl den Rücktritt Imbodens als auch die öffentliche Kritik an der Kommunikation kann Gemeindepräsident und BFT-Vorstand Luzi C. Schutz nicht nachvollziehen. «Von mangelnder Kommunikation kann keine Rede sein.» Alle relevanten Dokumente und Berechnungen seien jederzeit öffentlich verfügbar und dem Zweitheimischenverein bekannt gewesen; dieser sei zudem eigens an einer Sitzung von den externen Gutachtern informiert worden. «Ausserdem hat der Verein jederzeit die Möglichkeit, bei uns nachzufragen und rasch eine Antwort zu bekommen. Nachgefragt wurde aber kaum.»

Sache der Versammlungen

Schutz betont: «Zur Zukunft von BFT und SBA ist noch kein Entscheid getroffen. Das müssen diese Organisationen untereinander klären.» Ein Beschluss sei dann Sache ihrer Generalversammlungen, also der Mitglieder respektive des Aktionariats. «Und dazu gehören auch Mitglieder von ALB» – die Zweitheimischen könnten demnach ebenfalls mitreden. Dasselbe gelte für Imboden: «Wäre er Mitglied im BFT-Vorstand geblieben, könnte er mitentscheiden.»

Schutz räumt ein, dass gemäss der Expertenanalyse die Zweitheimischen finanziell etwas mehr belastet werden sollten. «Aber das verteilt sich auf 650 Wohnungen, der oder die Einzelne wird davon relativ wenig spüren. Den ALB-Vertretern sind die entsprechenden Berechnungen bekannt.» Mit der Revision des Tourismusgesetzes werden die Tarife so festgelegt, dass insgesamt 180 000 Franken Mehreinnahmen generiert werden können. Die durchschnittliche Mehrbelastung pro Zweitwohnung liegt gemäss den Gutachtern bei rund 160 Franken im Jahr.

Start für 2023 erhofft

«Zum Tourismusgesetz liegt ein Entwurf vor», sagt Schutz. Der Gemeindevorstand werde ihn in die Vernehmlassung geben. «Dann kann sich jede und jeder dazu äussern.» Die kommunale Abstimmung über die Vorlage wäre im Herbst vorgesehen. Ebenfalls im Herbst sollen die Generalversammlungen von BFT und SBA über die Zukunft entscheiden. «2023 wären wir dann für den Start mit der Neuorganisation bereit.» Und bereit sei man nach wie vor zur Zusammenarbeit «mit allen konstruktiven Kräften.»

Zwei Jahre früher abstimmen

Die Bündner Jugend soll bereits ab dem 16. Lebensjahr abstimmen und wählen dürfen. Das fordert ein Vorstoss der Mitte-Fraktion im Grossen Rat.

von Gianna Jäger

Die Schweiz ist keine Vorreiterin, was die politische Partizipation von Jugendlichen betrifft. Mit Ausnahme vom Kanton Glarus, der das Stimmrechtsalter 16 bereits seit 2007 kennt, gilt überall im Land das Stimm- und Wahlrecht ab dem vollendeten 18. Lebensjahr. Nun soll Graubünden dem Beispiel des Nachbarkantons folgen. Bereits im April 2019 hatte die Jugendsession Graubünden eine Petition zur Einführung von Stimmrechtsalter 16 eingereicht. Diesen Wunsch hat nun ein Auftrag von Mitte-Grossrat Gian Derungs (Lugnez) aufgenommen. Weitere 74 Grossrätinnen und Grossräte haben den Vorstoss unterzeichnet. Sie verlangen, dass die Kan-

tonsverfassung so abgeändert wird, dass Bündnerinnen und Bündner bereits ab dem vollendeten 16. Lebensjahr in Kantons- und Gemeindeangelegenheiten über das aktive Wahl- und Stimmrecht verfügen.

«Für mich gibt es kein Argument, warum man die Jugendlichen ausschliessen sollte», sagt Derungs auf Anfrage. Er ist der Meinung, dass man auch junge Menschen möglichst früh in den demokratischen Prozess einbinden muss. «Dass man sie zwei Jahre lang warten lässt, bis sie teilnehmen können, finde ich schade.»

Starkes Interesse

Das nötige Verantwortungsbewusstsein sei im Alter von 16 Jahren durchaus zumutbar. «In dieser Zeit entschei-

den sich die Jugendlichen für eine Lehrstelle oder eine zukünftige Schulung. Ausserdem können sie bereits am Verkehr teilnehmen», sagt Derungs. Das seien alles Entscheidungen und Beurteilungen, die Verantwortung abverlangten. «Darum kann man ihnen in diesem Alter auch gut das aktive Stimm- und Wahlrecht zugestehen.»

Ausserdem sehe man zunehmend, dass das Interesse an aktuellen politischen Themen vorhanden sei und dass sich die Jugend engagieren möchten. Der Wunsch, die eigene Zukunft aktiv mitzugestalten, sei vor allem am Beispiel der Klimademonstrationen und der Coronadebatte so sichtbar wie seit Jahren nicht mehr, heisst es im Auftrag. Zudem könne

mit einer frühen politischen Integration die Bindung zum Heimatort gestärkt werden. So kann laut Vorstoss der Abwanderung entgegengewirkt werden.

Ganzes Spektrum abdecken

«Mit 75 Unterschriften haben wir sicher eine gute Basis gelegt, um den Auftrag später durch das Parlament zu bringen», so Derungs. Es sei auch der Jugendsession immer wichtig gewesen, dass der Auftrag parteiübergreifend eingebracht werde und nicht nur von einer einzelnen Partei. Die Zweitunterzeichnerin ist daher auch Julia Müller (SP, Chur) und die Drittunterzeichnerin Valérie Favre Accola (SVP, Davos). «So decken wir das ganze politische Spektrum ab», meint er.

Dem Tier des Jahres auf der Spur

Der Gartenschläfer ist das «Tier des Jahres 2022». Dazu hat ihn Pro Natura erkoren. Die Bündner Sektion der Naturschutzorganisation sucht nun Spuren des kleinen Nagers. Gemäss einer Medienmitteilung sind Schulklassen und Freiwillige eingeladen, beim Projekt «Gartenschläfer – Wo bist du?» mitzumachen. Mithilfe von tintenbenetzten Spurentunneln wird nach Gartenschläfern und anderen Kleinsäufern gefahndet. Die Anmeldung für das Projekt ist auf der Website von Pro Natura Graubünden möglich. Dort finden sich auch Informationen zu den weiteren Veranstaltungen, mit welchen der haarige Wald- und Heckenbewohner besser kennengelernt werden kann. So erzählt etwa Biologe Jürg Paul Müller am Donnerstag, 24. März, um 19.30 Uhr im «B12» in Chur viel Interessantes zum Gartenschläfer. (red)